

BERLIN

13. AUGUST

Tote Stadt

Die Mauer, so versicherte Willy Brandt Anfang letzter Woche seinen „Berlinerinnen und Berlinern“ im Senats-Pressedienst, belaste das Leben jedes einzelnen, „aber sie lähmt unser Leben nicht“.

Doch um den „Landsleuten in Ost und West ein Zeichen“ zu geben, soll das Berliner Leben zum dritten Jahrestag des Mauerbaus — am Donnerstag dieser Woche — künstlich gelähmt werden: Von 20 bis 21 Uhr, so forderte Brandt, sollen an diesem 13. August alle Berliner in den Häusern bleiben.

Westberlin bereitete sich auf den Heimabend vor: Die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) will dafür sorgen, daß eine Stunde „kein BVG-Fahrzeug fährt“: Omnibusse, U-Bahnen und Straßenbahnen bleiben stehen. Taxis nehmen nur dringende Fahrten an, und wer am 13. August zwischen acht und neun Uhr abends in Tempelhof landet, wird per Handzettel aufgefordert, bis 21 Uhr im Flughafen zu bleiben.

Die Polizeigewerkschaft schließlich kündigte an: „Gegen jeden Störer der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden wir die Berliner Bevölkerung zu schützen wissen.“ Es wird gebeten, „dem Aufruf des Senats zu folgen und Verständnis für die besondere Situation unserer Polizeikollegen aufzubringen“.

Ruhegebot und Ausgangssperre sind das Produkt langwieriger Denkprozesse im Schöneberger Rathaus. Es ging um die Frage, wie in diesem Jahre der Mauer-Geburtstag „angesichts der Spannweite zwischen der Forderung ‚Die Mauer muß weg‘ und der praktischen Wirklichkeit der Passierschein-Verhandlungen mit dem Ulbricht-Regime“ („Tagesspiegel“) zu begehen sei.

1962, am ersten Jahrestag, hatte der Senat für mittags 12 Uhr drei Minuten Verkehrs- und Arbeitsruhe empfohlen. Die Springersche „BZ“ jedoch fand: „Das ist nicht genug“, und forderte alle Autofahrer zu einem Hupkonzert auf. Stundenlang gelitten Autohupen durch die Straßen, abends kam es zu Krawallen am Checkpoint Charlie. Und auch letztes Jahr mußte die Westberliner Polizei am 13. August gegen randalierende Mauerkritiker vorgehen.

In diesem Jahr nun wollte der Senat rechtzeitig ungesteuerten Kundgebungen vorbeugen. Der erste Plan sah eine Gedenkfeier mit Bundesprominenz vor. Doch das Projekt scheiterte daran, daß keine der ins Auge gefaßten Persönlichkeiten verfügbar war. Bürgermeister Heinrich Albertz: „Die sind alle auf Urlaub.“

Sodann wurde die Idee geboren, alle Westberliner, die Angehörige in Ostberlin haben, ins Olympiastadion zu bitten. Dort sollten sie sechs Stunden lang an einer Fernsehkamera vorbeifilmen, damit die Ostverwandtschaft wenigstens im Heimgerät ihrer Lieben ansichtig werden könne.



Mauer-Demonstration am 13. August 1963
Klagende Stille

Aber auch diese Sechs-Stunden-Sendung wurde verworfen, aus technischen Gründen: Wenn jeder nur drei Sekunden im Bild bliebe — und diese Zeit ist nötig, um jemanden zu erkennen —, so ließen sich in sechs Stunden allenfalls 7200 Personen zeigen. Was aber, gab der stellvertretende SFB-Fernsehchefredakteur Peter Schultze zu bedenken, wenn Hunderttausende ins Stadion kämen?

So kam es schließlich zu Willy Brandts Aufruf, die Straßen zu meiden und Westberlin eine Stunde lang zur toten Stadt veröden zu lassen.

Der „Tagesspiegel“ räsionierte über diese „kafkaeske Negativaktion“: Aus dem Appell „Wir rufen die Welt“ wird der Zustand: „Wir schweigen euch!“ Die „BZ“ aber, die vor zwei Jahren noch den „Aufschrei der Empörung“ gefordert und proklamiert hatte: „Wer schweigt, wird nicht gehört“, war diesmal zufrieden. Sie prophezeite: „Die Stille wird anklagen.“



Henschel-Käufer Söhngen
60 Millionen Mark aufs Privatkonto

INDUSTRIE

HENSCHEL

Billige Tochter

Am Donnerstag vorletzter Woche signierte Dr. rer. pol. h. c. Fritz-Aurel („Prinz Aurel“) Goergen, 55, auf seinem Landsitz in Hösel bei Düsseldorf den Vertrag: Er hatte seine Mehrheitsbeteiligung an den Kasseler Henschel-Werken AG für 60 Millionen Mark dem Ruhrkonzern Rheinische Stahlwerke verkauft.

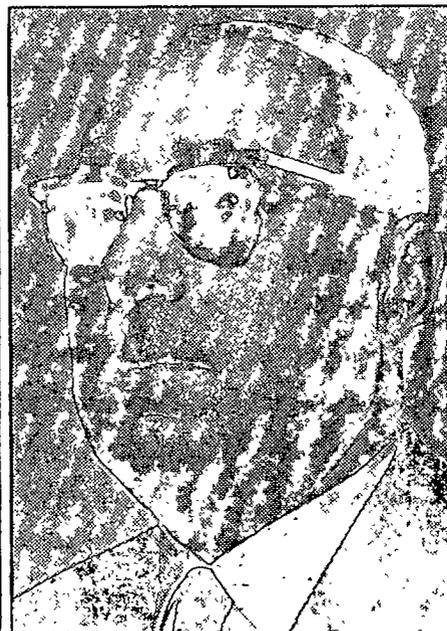
„Das war die schwerste Unterschrift meines Lebens“, klagte der entthronte Henschel-Boß. Drei Monate nachdem die Koblenzer Staatsanwaltschaft Goergen wegen Betrugsverdachts im Zusammenhang mit Reparaturen von Bundeswehr-Panzern verhaftet hatte (SPIEGEL 19/1964), entglitt dem Erfolgs-Manager sein Unternehmen.

Eine Woche später als Goergen verkauften die amerikanischen Henschel-Aktionäre, die sich vor drei Jahren dem Stern des bulligen Industriekapitäns in der Hoffnung auf schnellen Gewinn anvertraut hatten, ihren Anteil. Sie erhielten von Rheinstahl für 43 Prozent des Kapitals 50 Millionen Mark.

Der Essener Konzern war Herr bei Henschel geworden. Er sprang durch den Zuwachs von einer halben Milliarde Mark Henschel-Umsatz in der Rangliste westdeutscher Großunternehmen vom fünfzehnten auf den elften Platz.

Als der kreislaufkranke Untersuchungshäftling Goergen erkannt hatte, daß seine Kasseler Position nicht mehr zu halten war, bot sich ihm Rheinstahl als prädestinierter Nothelfer. Verbindungen zwischen Rheinstahl und Goergens Henschel-Werken hatte es schon seit langem gegeben.

Beide Unternehmen sind in die Rüstungsproduktion für die Bundeswehr eingeschaltet. So hatten sich die Rheinstahl-Tochter Hanomag und Henschel in den Bonner Großauftrag über 700 Kanonenjagdpanzer brüderlich ge-



Henschel-Verkäufer Goergen

teilt. Sie gründeten für den Panzerbau schon im vergangenen Jahr gemeinsam eine Koordinierungsstelle mit dem harmlosen Namen „Gesellschaft für Kraftfahrzeuge GmbH“ (Geka) in Düsseldorf.

Längst ehe die Staatsanwälte kamen, hatte Goergen schon einmal dem Rhein Stahlchef Werner Söhngen, 58, eine Henschel-Beteiligung angetragen. Er wollte, um Investitionsmittel zu bekommen, sein Firmenkapital um zwölf Millionen erhöhen. Rhein Stahl sollte sie zahlen und damit Henschel-Aktionär werden. Söhngen hatte jedoch kein Interesse an einer Minderheitsbeteiligung.

Als Goergen inhaftiert worden war, nahm der Essener Konzernchef die Verhandlungen wieder auf. Er konferierte zunächst mit Goergens Bruder Willy und suchte später den aus der Haft entlassenen Prinzen Aurel in der Höseler Villa auf. Söhngens Forderung: Das ganze Henschel-Paket oder gar nichts.

Mit dem angeschlagenen Goergen, den seine Kasseler Aktien praktisch nichts gekostet hatten, wurde er um so rascher einig. Durch den hohen Preis, den ihm die Amerikaner für ihre Beteiligungen zahlten, hatte Goergen nicht nur seinen eigenen niedrigen Einstand wieder herausbekommen, sondern noch zwei Millionen Mark mehr. Söhngens Kursangebot von 175 bedeutete mithin für Goergen einen Gewinn von 60 Millionen Mark.

Mehr Schwierigkeiten als von Goergen waren von den Amerikanern zu erwarten. Sie hatten ihre gesamten Anteile zum Durchschnittskurs von 157 (das entsprach rund 43 Millionen Mark) erworben. Ihr Vertreter, der Finanzmakler Joseph R. Nash, hatte zudem ständig moniert, daß Henschel keine Dividende zähle. Als Goergen schließlich einer Ausschüttung von sechs Prozent für das Geschäftsjahr 1963 zustimmte, hatte Nash zäh um einen höheren Betrag gerungen.

So versuchte Werner Söhngen zunächst, das Rhein Stahl-Interesse an dem US-Paket vor den Amerikanern geheimzuhalten. Als Käufer trat bei Joseph Nash die Deutsche Bank auf, die vorgab, sie wolle die Aktien für eigene Rechnung erwerben.

Erst durch eine Indiskretion des hessischen Ministerpräsidenten Zinn wurde der wahre Interessent bekannt, und Joseph Nash konnte den Preis hochtreiben: Käufer Söhngen mußte den Amerikanern acht Kurspunkte mehr als Goergen bewilligen. Somit hatten auch Nash und seine Freunde gegenüber ihrem Einstandspreis rund sieben Millionen Mark verdient.

Das beste Geschäft jedoch hatte Söhngen gemacht. 110 Millionen Mark waren ein mäßiger Preis für das Kasseler Unternehmen, das noch Anfang dieses Jahres auf etwa 190 Millionen Mark Börsenwert geschätzt wurde.

Die Summe aufzubringen, konnte einem Unternehmen nicht schwerfallen, das im vergangenen Jahr 3,1 Milliarden Mark Umsatz erzielte und in seiner Bilanz über 100 Millionen Mark flüssige Mittel sowie 424 Millionen Mark Rücklagen auswies.

Tatsächlich konnte Werner Söhngen seinem Verhandlungspartner Goergen zusichern, die Kaufsumme werde vier Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages überwiesen.

Auch der Kapitalbedarf der im Sommerschlußverkauf erworbenen Tochter—

in den nächsten drei Jahren rund 100 Millionen Mark — konnte die Mutter in Essen nicht schrecken. Er nimmt sich relativ klein aus neben den 730 Millionen, die der Konzern ohnehin bis 1966 zu investieren gedenkt.

So durfte Henschel-Käufer Söhngen die Vorteile der Neuerwerbung unbeschwert genießen:

- ▷ Er hat nun den gesamten Panzerauftrag im eigenen Haus;
- ▷ die bei Henschel gebauten Groß-Lkw ergänzen die bei Hanomag vorwiegend produzierten kleineren Typen, so daß Rhein Stahl künftig ein komplettes Lkw-Sortiment anbieten kann;
- ▷ im Rhein Stahl-Konzern liegt Produktionskapazität brach, die künftig durch Aufträge der überlasteten Henschelwerke genutzt werden kann.

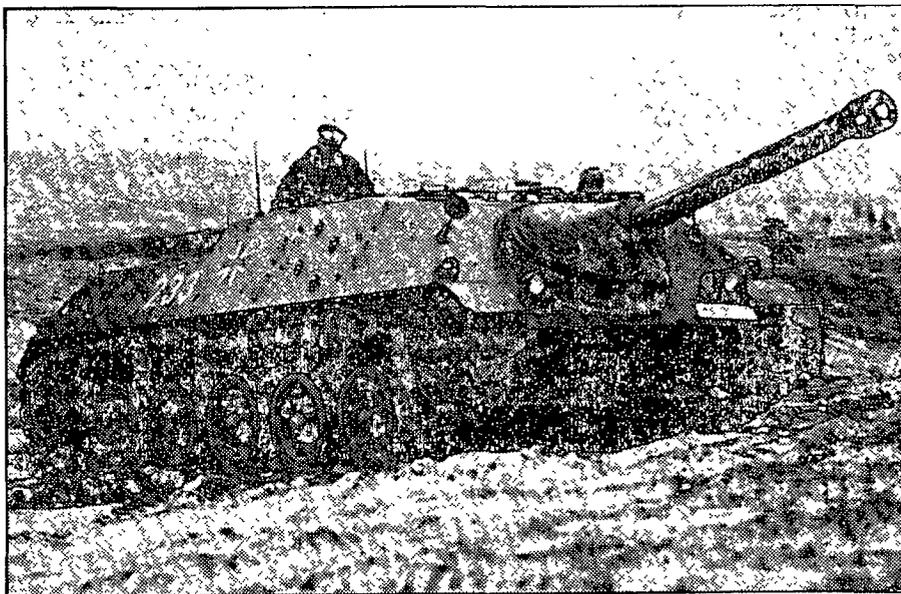
Mit dem vielfältigen Fertigungsprogramm der Kasseler — außer Lkw und Panzer auch Omnibusse, Lokomotiven und Maschinen — gewinnt der Konzern noch mehr das Ansehen eines „Gemischtwarenladens“, wie er an der Ruhr zunächst abschätzig, später aber neidisch apostrophiert worden war. Zu Söhngens Unternehmensfamilie gehören außer Kohle- und Stahlbetrieben sowie Hanomag unter anderem

scheidungen verübelt hatten (das Konzernkapital ist auf 120 000 Aktionäre verteilt). So überließ Söhngen Ende 1959 eine 32-Prozent-Beteiligung an der zukunftsreichen Chemie-AG Dynamit Nobel dem Alt-Industriellen Friedrich Flick und handelte dafür neben 100 Millionen Mark in bar ein Mehrheitspaket der Gußstahlwerk Witten AG ein.

Im Januar 1961 veräußerte Söhngen für 80 Millionen Mark eine ertragreiche Beteiligung an dem Stahlhandelskonzern Handelsunion AG. Generaldirektor Sohl von der August-Thyssen-Hütte erwarb das Paket und damit die Aktienmehrheit der Handelsunion für seinen Konzern.

So sehr sich mithin der Rhein Stahlchef zu dem Gelegenheitskauf in Kassel beglückwünschen konnte, so hart traf er den abgehalfterten Goergen. Ungewiß, selbst mit 60 Millionen auf dem Konto, präsentierte sich die Zukunft des hochtourigen, manisch selbstbewußten Unternehmers („Ich habe den Ruf, ein brutaler Hund zu sein“).

Als Prinz Aurel zum erstenmal ins Stolpern gekommen war, hatte er sich schnell wieder gefangen. Dem geschafften Boß des Ruhrkonzerns Phoenix-Rheinrohr, der sich mit seiner Großaktionärin Amélie Thyssen nicht hatte vertragen können, bot sich sogleich eine Auffang-



Kanonenjagdpanzer von Rhein Stahl/Henschel: Rüstung unter einem Dach

- ▷ die Werft Rhein Stahl Nordseewerke GmbH, Emden, die derzeit 15 U-Boote für Norwegen baut;
- ▷ die Rhein Stahl Union Brückenbau AG, Dortmund;
- ▷ die Fahrstuhl- und Rolltreppenfabrik Rhein Stahl Eggers & Kehrhahn GmbH, Hamburg, sowie
- ▷ die chemischen Betriebe Kunststoffwerk Gebr. Anger GmbH & Co, München, und Carboplast Kunststoff GmbH, Essen.

Seit den Absatzkrisen bei Kohle und Stahl hat die Ruhr den Wert der ertragreichen Verarbeitungsindustrie schätzen gelernt. Bei Rhein Stahl werden die „Gemischtwaren“, um das Henschel-Sortiment vermehrt, künftig über zwei Drittel der Umsätze einbringen.

Söhngens Henschel-Coup wird ihn auch mit jenen Rhein Stahl-Aktionären wieder versöhnen, die ihm frühere Ent-

stellungen: Wohlversehen mit 2,6 Millionen Mark Phoenix-Abfindung, etablierte er sich als einer der Generalbevollmächtigten des vielseitigen Konzernherrn Rudolf August Oetker.

Noch im gleichen Jahr zog Goergen dann bei den Henschel-Werken ein, die der Vorbesitzer Oscar Henschel sanierungsreif gewirtschaftet hatte. Binnen kurzem war der Süßwarenhandlerssohn aus Gelsenkirchen gepriesener Retter, Mehrheitsaktionär und Alleinherrscher des traditionsreichen 13 000-Mann-Unternehmens.

Sieben Jahre später ließen 450 000 Mark, die der vielfache Millionär Goergen nach Ansicht der Koblenzer Staatsanwaltschaft zum Schaden der Bundeskasse auf eigene Konten in der Schweiz geleitet haben soll, den Kasseler Phoenix abstürzen.

Bis heute ist der Haftbefehl nicht aufgehoben; Goergen wurde lediglich Haft-

verschonung zugestanden. Er darf die Bundesrepublik nicht verlassen.

Aber auch ohne diese Behinderung und ohne den Makel des ungeklärten Betrugsvorwurfs hätte Prinz Aurel sein altgewohntes Chef-Pensum in Kassel kaum noch ableisten können. Der Haftschock hat ihn zum kranken Mann gemacht. So bleibt auch zweifelhaft, ob es ihm zum drittenmal gelingen wird, aus der Asche aufzusteigen.

In seinem Höseler Quartier, um 60 Millionen und bittere Erfahrungen reicher, bemüht sich Fritz-Aurel Goergen um Gelassenheit: „Die größte Sorge ist, was ich mit dem vielen Geld jetzt machen soll.“

RUNDFUNK

SÜDWESTFUNK

Gunst der Stunde

Das Informationsblatt „Kirche und Fernsehen“ im „Evangelischen Pressedienst“ (epd) bediente sich medizinischer Metaphern. Es beschrieb ein „höchst unorganisches Gebilde“, das bereits einen „recht spürbaren Blutverlust“ erlitten habe und einer „schmerzhaften Operation“ unterzogen werden müsse.

▷ Das „höchst unorganische Gebilde“: der Südwestfunk (SWF) in Baden-Baden, der von allen deutschen Länderrundfunkanstalten den merkwürdigsten Zuständigkeitsbereich hat. Sein Verbreitungsgebiet deckt sich mit den zufälligen Grenzen der ehemaligen französischen Besatzungszone und umfaßt zwischen Eifel und Bodensee pfälzische, rheinische, badische und schwäbische Gauen. Er hat ein Bundesland (Rheinland-Pfalz) ganz, ein zweites (Baden-Württemberg) halb zu versorgen (siehe Karte).

▷ Der „recht spürbare Blutverlust“: Mehr als hundert Mitarbeiter des Südwestfunks kündigten im Laufe der letzten beiden Jahre und wanderten zum größten Teil zum Zweiten Deutschen Fernsehen nach Mainz ab; SWF-Chefdirigent Hans Rosbaud starb; Intendant Professor Friedrich Bischoff geht im übernächsten Sommer in Pension; Programmdirektor Lothar Hartmann übersiedelt im nächsten Jahr als Fernsehkoordinator des Ersten Programms nach München.

▷ Die „schmerzhafteste Operation“: Der Südwestfunk müsse aufgelöst werden. Der baden-württembergische Teil des SWF-Bereiches sei dem Süddeutschen Rundfunk Stuttgart als der „eigentlich zuständigen Landesrundfunkanstalt“ zuzuschlagen. Der verbleibende Teil — er entspricht dem Gebiet von Rheinland-Pfalz — sei mit dem Saarländischen Rundfunk zu einem „Saarpfälzischen Rundfunk“ zu kombinieren.

„Gescheite Leute“, so schrieb epd schon Mitte Juni dieses Jahres, hätten die „Gunst des Augenblicks“ erkannt und die Auflösungs-Idee — „in der Tat einleuchtend und in sich logisch“ — entwickelt.

Baden-Baden war schockiert. Vize-Intendant Hartmann: „Der epd-Artikel kam überraschend. Die Beunruhigung

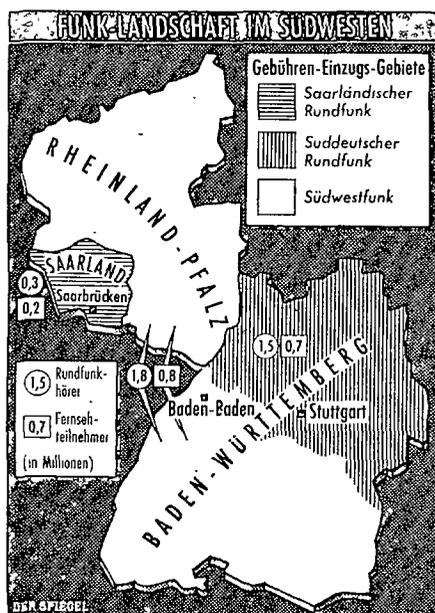


Saarfunk-Intendant Mai
Eine Kur für Baden-Baden

bei unseren Mitarbeitern und in der Stadt war ungeheuer.“

Der Südwestfunk sah sich mit einem Male im Mittelpunkt einer Diskussion über die „Neuordnung der Rundfunkanstaltsgrenzen“, die neben dem Stuttgarter vor allem das saarländische Funkhaus faszinieren mußte: Der SWF kasziert Gebühren von 1,8 Millionen Rundfunkhörern und mehr als 800 000 Fernsehteilnehmern, der Süddeutsche Rundfunk hingegen nur von 1,5 Millionen Hörern und 670 000 TV-Besitzern.

Die Saarbrücker Anstalt schließlich nimmt sich mit 299 000 Rundfunk- und 185 000 Fernsehkunden geradezu zergewüchsig aus. Der Saarfunk-Intendant Dr. Franz Mai, einst Persönlicher Referent von Kanzler Adenauer, weiß, warum: „Der Reichssender Saarbrücken“ — Südfunk-Intendant Bausch in Stuttgart: „Reichssender, wenn ich das schon höre!“ — „hat nach dem Kriege zwei Drittel seines Einspielgebiets verloren. Der Südwestfunk ist nur gemacht wor-



den, weil die Saar nicht bei Deutschland war.“

Die Baden-Badener sahen denn auch in Mai die treibende Kraft unter den „gescheiten Leuten“, die sich die Liquidation des Südwestfunks hatten einfallen lassen. Mai selbst bestätigte den Verdacht, als er vor drei Wochen allen Rundfunkintendanten den Text eines Manuskripts schickte, den er für eine Saar-Beilage der ersten Augustnummer von „Christ und Welt“ geschrieben hatte.

Darin empfahl Mai

▷ eine „Föderation“ des Saarfunks und des SWF zum Zwecke „der Rationalisierung im Rahmen der zusammengefaßten Produktionskräfte ... und einer zentralen Disposition der Studios und Programme“ sowie

▷ „eine einheitliche Leitung“ der Anstalten in Saarbrücken und Baden-Baden.

Mai kommentierte: „Wenn ... eine Situation eintritt, in der sich eine derartige föderative Zusammenfassung und einheitliche Leitung ohne schwierige personelle Probleme verwirklichen lassen, sollte man diese Gelegenheit, zu einer Verbesserung des deutschen Rundfunksystems zu kommen, nicht vorübergehen lassen.“

Im Baden-Badener Funkhaus verstand man die Floskel „ohne schwierige personelle Probleme“ so: „Wenn Bischoff geht, will Mai auch noch Intendant vom Südwestfunk werden.“

Ehe es soweit kommen kann, muß aber erst das juristische Korsett des Südwestfunks aufgebrochen werden: der bis 1972 unkündbare Staatsvertrag zwischen Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Er kann nur dann schon vorher gelöst werden, wenn Landesregierungen und Landesparlamente in Stuttgart und Mainz in Mehrheitsbeschlüssen einer SWF-Exekution zustimmen.

Beide Landesregierungen verhalten sich bisher betont reserviert. Der Mainzer Regierungschef Peter Altmeier möchte zwar seiner Landeshauptstadt zu mehr funkischem Glanz verhelfen und fordert für das geplante Dritte (regionale) Fernsehprogramm unumschränkte Mainzer Souveränität. Unter welchem Sendernamen dieses Programm aber schließlich ausgestrahlt werden soll, spielt für Altmeier vorerst keine Rolle. Die Mainzer regierungsoffizielle Korrespondenz „Lupe“ schrieb: „Baden-Baden oder Saarbrücken — das ist nicht die Frage, die in Mainz interessiert. Von Interesse ist lediglich die Berücksichtigung des Landes Rheinland-Pfalz im Hinblick auf Organisation und Programmbetreuung.“

Kurt Georg Kiesinger in Stuttgart sieht gleichfalls keinen Anlaß zu hastigen Entschlüssen. Solange noch nicht endgültig geklärt ist, ob der Landesteil Baden im baden-württembergischen Staatsverband bleibt (SPIEGEL 17/1964), will Kiesinger die Baden-Badener Funkmetropole nicht angetastet wissen. Denn er befürchtet, daß eine Funkreform im Südwesten nur neuen badischen Volkzorn gegen die Brüder in Schwaben heraufbeschwören würde.

Allein Ministerpräsident Franz Josef Röder von der Saar erklärte sich schon jetzt zur Assistenz bei der Generalamputation bereit, die Saarfunkführer Mai dem SWF zugedacht hat. Röder ließ seine Kollegen Kiesinger und Altmeier wissen, er stehe jederzeit „zu freundschaftlichen Gesprächen“ bereit.